

Pflegepersonal wehrt sich: Jetzt reicht's!

Die Wut der Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege steigt. Auf Demonstrationen haben einige zehntausend Kolleginnen und Kollegen sofortige Verbesserungen beim Lohn und den Arbeitsbedingungen gefordert. Doch Demos alleine reichen nicht mehr. Immer lauter wird der Ruf nach Streik.

„Zu wenig Personal, körperliche und psychische Belastungen, keine leistungsgerechten Einkommen, fehlende berufliche Perspektiven, familienfeindliche Arbeitsbedingungen“ – so beschreibt ÖTV-Vorstandsmitglied Ulrike Peretzki-Leid die Situation der Pflegekräfte.

Oft können sie sich bei der Behandlung der Patienten nur um die Grundpflege kümmern, für intensivere Betreuung und Gespräche fehlt die Zeit. Und das trotz einer riesigen Zahl von Überstunden. Durch Überlastung und ständigen Druck werden viele Kollegen selbst krank. Und die Bezahlung für diese qualifizierte Arbeit ist geradezu lachhaft: ca. 1600 DM für eine ledige Krankenschwester Anfang 20.

Kein Wunder, daß die Pflegekräfte im Durchschnitt nach fünf Jahren ihren Job an den Nagel hängen und immer weniger junge Menschen, vor allem Frauen, sich in diesem Beruf verheizen lassen wollen.

Höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen

Daher kämpfen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft ÖTV jetzt für Verbesserungen. Sie fordern eine Eingruppierung in höhere Lohngruppen und die finanzielle Honorierung von Zusatzausbildungen. So sollen die Schwestern schon gleich in einer höhe-

ren Lohngruppe anfangen und nach zwei Jahren weiter heraufgestuft werden, so daß sie dann rund 300 DM brutto mehr hätten als jetzt.

Weiterhin fordert die ÖTV eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen und eine Verlängerung des Nacht-, Schicht- und Wechselschicht-Zusatzurlaubs.

Doch die Arbeitgeber aus Bund, Ländern und Gemeinden sind nicht auf die Forderungen eingegangen. Sie bauen mit ihrer Politik der Provokation und Blockade auf den relativ niedrigen Organisationsgrad und die nicht vorhandene Kampferfahrung in den Krankenhäusern und Pflegeheimen. Das könnte für die Arbeitgeber ganz kräftig danebengehen. Sie sollten sich nicht allzusehr auf die den Krankenschwestern nachgesagte „Milde“ und „Sanftmut“ verlassen.

Die Kolleginnen und Kollegen sind wütend darüber, wie man sie jahrelang ausgenutzt hat. Sie wissen, daß sie diesen Kampf ausfechten müssen. So haben sich in den letzten Monaten in verschiedenen Städten Basiskomitees gegründet, denen die ÖTV „zu lahm“ war und die selbst den Druck verstärken wollen.

Die ÖTV bereitet sich jetzt jedoch auch auf einen Arbeitskampf vor, nachdem sie den Tarifvertrag gekündigt hat. Es ist damit zu rechnen, daß



Zu wenig Personal, körperliche und psychische Belastungen, keine leistungsgerechten Einkommen, miserable Arbeitsbedingungen – dagegen kämpft das Pflegepersonal.

die bürgerliche Propagandamaschinerie, freie Presse genannt, mit einer Hetzkampagne über die „Verantwortungslosigkeit“ des Pflegepersonals und Panikmeldungen über Unfälle versucht, den Arbeitgebern Schützenhilfe zu leisten.

Daher würde ein Arbeitskampf besondere Anforderungen an alle Gewerkschaften und vor allem an die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung stellen. Das Thema muß in andere Betriebe, in die Stadtteile, an

die Schulen und Universitäten getragen werden. Vor allem Jungsozialisten und SPD sind gefordert, die Kollegen im Gesundheitsbereich zu unterstützen. Darüberhinaus sind weitergehende Programme für eine gesündere Umwelt und vor allem Arbeitswelt notwendig. Wir müssen Strategien aufzeigen, wie das Gesundheitswesen zugunsten der arbeitenden Menschen umgestaltet werden kann und Stellung beziehen zu den Superprofiten der Pharmaindustrie und dem hohen Ver-

dienst der niedergelassenen Ärzte.

In der SPD muß von Parteilinken, Jusos und Gewerkschaften Druck gemacht werden, damit die Vertreter der SPD-regierten Kommunen den ÖTV-Forderungen voll entgegenkommen.

Für uns Jusos stellt sich vor allem die Aufgabe, die Solidarität mit den Pflegekräften in den Schulen, bei jungen Arbeitern und in den Stadtteilen zu verbreiten. Legen wir los.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

VORAN-Veranstaltung in Köln:

Wir lassen uns nicht verkohlen!



Musik und ... — dieses Programm zog 450 Besucher aus der ganzen Bundesrepublik an.

„Helmut Kohl, dem wir heute die rote Karte zeigen, hat uns vor seiner Wahl Arbeit versprochen. Nun regiert er seit 1982 in einer Aufschwungphase, und die Arbeitslosigkeit ist um kein Jota geringer geworden.“

„Helmut Kohl hat die rote Karte verdient, weil er die Arbeiter und die Armen in dieser Gesellschaft über alle Maßen geschöpft hat.“

Mit diesen Worten fand das ehemalige IG Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen bei der bundesweiten VORAN-Veranstaltung am 16. April in Köln viel Beifall im Saal. Unter dem Motto „Zeigt Kohl die rote Karte“ hatte die Redaktion VORAN zu einer politisch-kulturellen Veranstaltung eingeladen, und 450 Jusos, aktive SPD- und Gewerkschaftsmitglieder aus allen Teilen der BRD, von der Schweizer Grenze bis zur Ostseeküste, waren erschienen.

Der Saal der Kölner Wolkenburg platzte aus allen Nähten, als um 13 Uhr das fünfstündige Programm begann. In Wort, Lied und Theater wurde die kapitalfreundliche und arbeiter-

feindliche Politik der Kohl-Regierung gebrandmarkt. Doch es blieb nicht beim Lamentieren. Redner aus der Arbeiterbewegung zeigten auf, daß ein Kampf gegen Kohl und Kapital möglich ist. Und während die SPD-Spitze in vielen Fragen Kompromisse mit der Kohl-Regierung sucht, waren sich alle Redner darin einig, daß SPD und Gewerkschaften wieder zu einer kompromißlosen Vertretung von Arbeiterinteressen zurückfinden und die „alten“, aber gerade heute hochaktuellen sozialistischen Ziele wieder auf die Tagesordnung setzen müssen.

Das Motto der Veranstaltung paßte durch die gerade erfolgte Bonner Kabinettsbildung sehr gut in die politische Landschaft. Helmut Laakmann, einer der bekanntesten Sprecher der Rheinhauser Krupp-Belegschaft, faßte die Stimmung im Saale hierzu mit den Worten zusammen:

„Es nutzt wenig, ein abgetaktetes Kabinett umzubilden, alte Politikerflaschen zu recyceln und aufbereitet zu präsentieren. Es ist notwendig, Ihre Politik, Herr Kohl, endzulagern!“



Erhielt viel Beifall: Hans Janßen

Siehe auch Seite 7

Einzige Möglichkeit für ein geeintes Europa: Föderation der Sozialistischen Staaten von Europa

Nicht nur in Unternehmerkreisen wird heftig über den für 1992 geplanten europäischen Binnenmarkt diskutiert. Auch der Europäische Gewerkschaftsbund und die Sozialistische Fraktion im Europaparlament machen sich ihre Gedanken.

In einem Papier der Arbeitsgruppe Binnenmarkt der Sozialistischen Fraktion wird die Grundsatzfrage „Binnenmarkt ja oder nein“ aufgeworfen: „Die Fraktion könnte theoretisch vereinfachend zwischen drei Grundsatzzpositionen wählen: 1. keinen Binnenmarkt zu wollen, 2. einen rein auf wirtschaftliche Ziele orientierten Binnenmarkt anzustreben oder 3. ein Binnenmarktkonzept zu erarbeiten, das weit über den wirtschaftlichen Bereich hinausgeht und welches darauf abzielt, humanitäre und soziale Forderungen von Sozialisten im Rahmen eines europäischen Konzeptes umzusetzen. Position 1 würde nach unserer Einschätzung bedeuten, daß man sich für den wirtschaftlichen Rückschritt entscheidet, den Anspruch aufgibt, daß Europa im internationalen Konkurrenzkampf den USA und Japan gleichwertig begegnen kann. Die EG würde damit auch politische Zweitklassigkeit akzeptieren, mit zunehmender Abhängigkeit von internationalen Entscheidungen, die keinem europäischen Einfluß unterworfen sind.“

Die Position 2 würde bedeuten, daß man sich für ein konservatives, neoliberaleres Gesellschaftsmodell entscheidet. Nur den Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen und Kapital zu schaffen heißt „Sozialdumping“ herauszufordern. Dies hätte zur Konsequenz, daß im unvermeidlichen Konkurrenzkampf die soziale Sicherung, die Steuersysteme, die staatlichen Leistungen und die Umweltschutznormen nach unten harmonisiert würden.

Auch die zweite Grundposition verstößt gegen den Geist europäischer Verträge. (...) Die Grundposition 2 scheidet auch schon deshalb aus, weil die von dem Sozialabbau betroffenen Gruppen sich zur Wehr setzen würden und damit die Verwirklichung des Binnenmarktes verhindern würden.

Es ist daher offensichtlich, daß für die Sozialistische Fraktion nur die dritte Grundposition als Handlungsmaxime in Frage kommt.“

Sozialistische Fraktion

Diese Gedanken verdrängen die entscheidende Frage: Sind die Interessen der Unternehmer mit denen der Arbeiter überhaupt vereinbar?

1. Kommission

Sie besteht aus 17 Mitgliedern, die durch die Mitgliedsregierungen für jeweils vier Jahre ernannt werden. Vorgesehene Aufgaben waren einerseits die Planung der notwendigen Maßnahmen und andererseits die Ausführung der getroffenen Entscheidungen bzw. deren Überwachung. Allgemein gilt: Die Ausführung der Beschlüsse ist Sache der Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten.

2. Ministerrat

Er besteht aus den für die jeweiligen Fragen zuständigen Fachministern der Mitgliedsstaaten. Geplant war folgendes Vorgehen: Der Rat kann in der Regel nur über von der Kommission vorgelegte Vorschläge und Entwürfe beschließen. Eine Abänderung von Kommissionsvorschlägen war nur einstimmig möglich. In den meisten Fällen sollte eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat zur Entscheidung über einen Kommissionsvorschlag genügen.

Es zeigte sich aber, daß vor allem die großen EG-Staaten nicht bereit waren, solche Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, wenn sie ihren nationalen Interessen entgegenstanden. Nachdem die französische Regierung sechs Monate lang die Ratssitzungen boykottierte, weil sie

Die Sozialistische Fraktion (SF) hängt offensichtlich der Vorstellung an: Was für die Unternehmer gut ist – der Binnenmarkt –, kann auch für die Arbeiter gut sein. Das bedeutet auf der einen Seite, die Konkurrenzsituation für die Unternehmer vorteilhafter zu gestalten, und es bedeutet auf der an-



Um sich gegen die Angriffe der Unternehmer wehren zu können, ist der Aufbau von schlagkräftigen internationalen Gewerkschaftsstrukturen nötig.

deren Seite, alles zu vermeiden, was eine Gegenwehr der Arbeiter provozieren könnte. Aber die Interessen von Arbeitern und Unternehmern sind nicht die gleichen, sondern völlig entgegengesetzt. Und wie wir ja schon jetzt erleben, dient das Argument Europäischer Binnenmarkt den Unternehmern in erster Linie dazu, ihre Profite auf Kosten der Arbeiter zu erhöhen, Errungenschaften wie das freie Wochenende anzugreifen und zu rationalisieren, was Entlassungen bedeutet.

In vielen Bereichen sind wir mit Konzernen konfrontiert, die in verschiedenen Ländern arbeiten und diese Situation ausnutzen, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Um sich dagegen zu wehren ist eine enge internationale Zusammenarbeit nötig. Die Branchengewerkschaften müssen sich europaweit vereinen und für europaweite Verbesserungen kämpfen, für eine Vereinheitlichung des Lebensstandards auf höchstem Niveau.

sich nicht einer Mehrheitsentscheidung nicht beugen wollte, kam es 1966 zum sogenannten „Luxemburger Kompromiß“, der Einstimmigkeit bei Entscheidungen voraussetzte. Die Folge waren Marathonsitzungen, die dennoch meist zu keinem einstimmigen Ergebnis führten.

3. Europäischer Rat

Aus dieser Lage heraus hat sich seit 1975 der „Europäische Rat“ entwickelt, der aus den Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsstaaten besteht. Er vereinigt die Funktionen von Ministerrat und Kommission praktisch in seiner Hand.

4. Europäisches Parlament

Seit 1958 war die Direktwahl des Europäischen Parlaments vorgeschrieben, aber tatsächlich fand die erste Wahl erst 1979, 21 Jahre später, statt. Dieses Parlament ist das demokratische Feigenblatt der EG. Es hat praktisch keine Kompetenzen. Es kann lediglich über die Verwendung eines kleinen Teils der Haushaltsmittel der Gemeinschaft entscheiden. Seine „Kontrollfunktion“ besteht darin, daß die Abgeordneten Anfragen an den Ministerrat und die Kommission richten dürfen.

Voraussetzung hierfür ist der Aufbau von schlagkräftigen Gewerkschaftsstrukturen. Auf jährlichen Gewerkschaftstagen sollten sowohl in den einzelnen Branchen als auch in dem Dachverband EGB Vertreter gewählt werden, die nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn erhalten und jederzeit abwählbar sein müssen. Mit einer solchen Struktur könnten die Angriffe der Unternehmer abgewendet werden. Als erstes Ziel müssen die Rechte der Arbeiter

festgeschrieben werden. Hier sollten die weitestgehenden Errungenschaften als Mindestrechte betrachtet werden.

Gleichzeitig muß der Kampf verstärkt werden für die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung – natürlich bei vollem Lohnausgleich.

Diese Maßnahmen sind erforderlich, völlig unabhängig davon, ob ein gemeinsamer Binnenmarkt zustande kommt oder nicht. Und entgegen all

dem Getöse, das derzeit um das „Projekt '92“ gemacht wird: Auf kapitalistischer Grundlage ist eine Einigung Europas unmöglich.

Schön-Wetter-Organisation

Schon die ganze Geschichte der EG hat gezeigt, daß sie eine Schön-Wetter-Organisation ist. In Zeiten wirtschaftlicher Krisen haben sich die Unternehmen – auch die großen Konzerne – doch immer auf die jeweiligen nationalen Regierungen gestützt, die sie schützten. Das wird auch in der nächsten Krise nicht anders sein. Und die wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bis 1992 eingesetzt haben.

Die heute bestehenden politischen Strukturen „Europas“ machen schon deutlich, wie der Hase läuft: Der einzige politische Einfluß liegt in einem Gremium, das gar nicht vorgesehen war, dem Europäischen Rat. Ihm gehören die Regierungschefs der einzelnen Länder an (vgl. auch nebenstehenden Kasten). Das Europäische Parlament, das einzige Gremium, das direkt gewählt wird, hat überhaupt nichts zu sagen. Seine Mitglieder dürfen höchstens mal eine Anfrage machen. Weil der Kapitalismus immer noch genauso nationalstaatlich organisiert ist, wie er es immer war, werden auch die Kämpfe der Arbeiter für Verbesserungen in einzelnen Ländern beginnen. Solche Kämpfe werden aber von Arbeitern in anderen Ländern schneller als Vorbild aufgegriffen werden als früher. Das erste, was wir in der BRD für Europas Arbeiter und uns selbst tun müssen, ist: Wir müssen für eine Regierung kämpfen, die sich in allen Fragen am Interesse der Mehrheit der Bevölkerung orientiert, also eine SPD-Regierung mit sozialistischem Programm.

SPD-Alleinregierung

Diese Regierung müßte z.B. sofort aus der Atomenergie aussteigen. Sie müßte die Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) und

Der EG-Haushalt umfaßt 1989 etwa 95 Mrd. DM. Im Vergleich: Der Haushalt der Bundesrepublik umfaßte 1986 (ohne die Länderhaushalte) 263,5 Mrd. DM. Im Durchschnitt betragen die öffentlichen Ausgaben der EG-Mitgliedsstaaten über 45% des jeweiligen Bruttosozialproduktes – der Betrag, der der EG zur Verfügung steht, entspricht weniger als einem Prozent des BSP der Gemeinschaft. Allein zwei Drittel dieser Gelder gehen für die Finanzierung der Agrarpolitik drauf.

anderen schädlichen Treibgasen verbieten. Sie müßte bereit sein, umweltzerstörende Industrien notfalls auch zu enteignen, desgleichen die 200 größten Banken, Konzerne und Versicherungen, die die wirtschaftliche Macht in ihren Händen halten.

Sie müßte Verkehrskonzeptionen entwickeln, die der Schiene den Vorrang geben. Sie könnte das soziale Netz ausbauen, z.B. durch eine soziale Mindestsicherung von 1500 DM im Monat. Damit würde sich auch die Lage der Frauen schon wesentlich verbessern. Sie könnte ein massives Wohnungsbauprogramm durchführen, Spekulanten enteignen und Makler verbieten. Sie könnte jedem Jugendlichen einen Arbeitsplatz garantieren, Arbeit und Bildung für alle wären keine leeren Worte mehr.

Vertreter dieser Regierung in den europäischen Gremien oder sozialistische Abgeordnete im Europaparlament könnten dazu beitragen, durch ihre Propaganda und ihr Beispiel die Arbeiterklasse ganz Europas zu mobilisieren. Dies könnte auch in anderen Ländern zum Sturz bürgerlicher Regierungen und sogar der Bourgeoisie führen. Damit wäre der erste Schritt getan zu der einzigen Möglichkeit eines geeinten Europas – der Föderation der Sozialistischen Staaten von Europa.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

Fußballkatastrophe in Sheffield

Wer hatte wirklich schuld?

Mindestens 95 Tote hat die Katastrophe im Fußballstadion von Sheffield am 15.4.89 gefordert. Durch die Tatsache, daß Liverpooler Fans betroffen waren, versuchte die Thatcher-Regierung von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken.

Im Anschluß an die Katastrophe wurde wieder viel über den besonderen Fanatismus der britischen – besonders der Liverpooler – Fans geschrieben. Ein Beispiel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 18.4.89: „Nicht von ungefähr sind in die Tragödie von Sheffield wieder die Jugendlichen aus Liverpool verwickelt, überwiegend Kinder irischer Einwanderer aus einer Umwelt des industriellen Verfalls und der verlorenen Hoffnungen mit der ganzen Hitzigkeit ihres Stammes.“

Das einzige Problem ist aber nur, daß Liverpool sehr viele Fußballfans hat und Staat und Veranstalter nur eine Sorge kannten: Diese Fans hinter Gitter einzupferchen und von der Abreise des Spiels die Kontrolle über sie behalten. Unter Thatcher ist es mittlerweile zur Normalität geworden, die Fans wie Tiere zu behandeln. In diesem Sinne bekamen die Liverpooler Fans in Sheffield bewußt einen viel kleineren Tribünenabschnitt und ein viel geringeres Kartenkontingent, als man Fans erwarten konnte. Unter diesen Umständen war eine Katastrophe in diesem Ausmaß vorhersehbar.

„Sicherheit“

Unter „Sicherheit in den Stadien“ versteht die Thatcherregierung – wie die Kohlregierung hier – solche Gefängnisse in den Stadien, wie der Liverpooler Tribünenabschnitt in Sheffield:



Für den Ausbau von Stadien ist kein Geld da. Aber für Cricket und Golf, die Sportarten der Reichen, sind die Anlagen erstklassig.

Enger Zugang, unüberwindlicher Zaun nach allen Seiten mit Spitzen oben an den Gittern, die gegen die Zuschauer verlaufen. Ansonsten darf alles unsicher sein: Holztribünen, zu schmale Stufen bei den Stehplätzen, Mangel an Zwischenstangen auf den Stehträngen usw.

Gegen solche wirklichen Probleme wird nichts getan. In Sheffield gab es nicht das Minimum an medizinischer Versorgung während und nach der Katastrophe. Zum Beispiel war das einzige auffindbare Sauerstoffgerät leer. Selbst der „Kölner Stadtanzei-

ger“ schreibt: „Hinter diesem Tatbestand verbirgt sich Politik: Fußball ist der Sport der britischen Unterschicht, der Arbeiterklasse. Die Oberschicht spielt Cricket und Golf, die Anlagen dafür sind so zahlreich wie erstklassig. (...) Sollte es sich ... Großbritannien mit seinen großzügigen Privatgeldern für Golfclubs und Cricketvereine wirklich nicht leisten können, den „proletarischen“ Fußballanhängern ordentliche Arenen zu bauen?“ Unter der Thatcherregierung wohl nicht.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

Bundeskongreß der Jungsozialisten 1989 Chance für Jusos und Parteilinke

„... da tobt der Saal und die Jusos finden zu alter Frische zurück“ (FAZ 3.4.89)

Die Debatte mit und um Oskar Lafontaine war das herausragende Ereignis des diesjährigen Juso-Bundeskongresses in Osnabrück.

In seiner Rede flocht Lafontaine geschickt Angriffe auf die Regierung, eine klare Verteidigung des Asylrechts und Forderungen nach verstärkter Abrüstung mit ein. Das brachte ihm viel Applaus, änderte an seinen Kernaussagen jedoch nichts. Mit langen Ausführungen zur „Zukunft der Arbeit“, zum seiner Meinung nach sich verringernden Stellenwert der Lohnarbeit gegenüber der „informellen Eigenarbeit“ (Freizeitbeschäftigung, private Pflege- und Hausarbeit) begründete er seine Thesen: Selbstbestimmung würde der Mensch mehr und mehr in der „informellen Eigenarbeit“ finden.

Daher und aus arbeitsmarktpolitischen Gründen müsse die Arbeitszeit verkürzt werden. Dies wäre bei vollem Lohnausgleich nicht möglich, die Linke müsse auch für Teilzeitarbeit und Flexibilisierung eintreten. Statt den Verteilungskampf gegen das Kapital zu führen, müsse man sich an die Gestaltung der zusätzlichen Freizeit und die Höherbewertung der Eigenarbeit machen.

Wenn man Oskars schöne, aber hohle Phrasen beiseite läßt, bleibt der traurige Rest konkreter Forderungen: Wochenendarbeit, mehr Schichtbetrieb, Flexibilisierung, Lohnverluste usw. Unter den Bedingungen des Kapitalismus ist dies kein Ausdruck solidarischer Lebensform und führt auch nicht zu mehr „Zeitsouveränität“. Für die Arbeiter bedeutet das nichts anderes als verstärkte Arbeitshetze, weniger Selbstbestimmung, mehr Konkurrenz und Untergrabung gemeinsamer Interessen.

Für das Kapital heißt Flexibilisierung hingegen höhere Profite durch bessere Ausnutzung der Maschinen und Aushöhlung der für die Kapitalisten teuren gesicherten Beschäftigungsverhältnisse. Daß man unter dem Strich mehr Freiheit hat (wenn überhaupt!), nützt nicht das Geringste, wenn zu wenig Geld da ist und die Freizeit vom Unternehmer eingeteilt wird!

Flexibilisierung für das Kapital

Die Bundesvorsitzende Susi Möbbeck und die Mehrheit der Delegierten erkannten dies klar und griffen Lafontaine scharf an. Sie bekräftigten die Juso-Positionen für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, einer Umverteilung von oben nach un-



Die Mehrheit der Delegierten auf dem diesjährigen Juso-Bundeskongreß lehnte Lafontaines Thesen zur Flexibilisierung ab.

ten und einer Absage an alle Flexibilisierungspläne. Unterstützt wurde das durch viel Beifall und hochgehaltene Pappschilde: „Bund Deutscher Industrie grüßt Oskar“ und „Oskar an den Herd“.

Anhand dieser Auseinandersetzung wurden auch die unterschiedlichen Positionen im Verband selbst klar. Während die Mehrheit aus „Hannoveraner Kreis“ und „Göttinger Kreis“ – in der bürgerlichen Presse als „die Marxisten“ bezeichnet – Lafontaines

Thesen richtig analysierten und angriffen, waren die „Reformsozialisten“ nicht zu solch einer klaren Haltung bereit. Sie waren zurückhaltender und hielten sich letztendlich Hintertüren offen. Da sie auf dem Kongreß keine Mehrheit bekommen konnten, versuchten sie, den Hauptantrag zur Analyse der Partei nicht befassen zu lassen. Ihr Geschäftsordnungsantrag wurde jedoch mit 141:141 Stimmen abgelehnt (auch einige HK'ler wollten den Antrag nicht gegen die Refos durchziehen).

Nach einigem Hick-hack verließ der harte Kern der „Reformsozialisten“ – etwa 80 Genossinnen und Genossen – den Kongreß. Diese Methode des „Beleidigte-Leberwurst-Spielens“ ist inzwischen reichlich abgedroschen. Auf

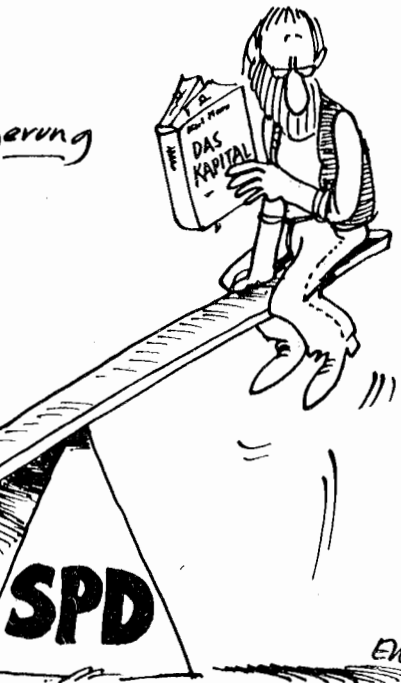


den letzten vier Bundeskongressen zogen sie dreimal aus. (Wegen der Anwesenheit von Oskar registrierte die Presse es in diesem Jahr zum ersten Mal und sprach von „Spaltung“ und „Tumulten“.)

Der Antrag wurde von den verbliebenen 172 Delegierten diskutiert und bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Doch die Fraktionsquerelen waren nicht das zentrale Ergebnis des Bundeskongresses. Wichtig ist, daß die

Mehrheit in Redebeiträgen und Anträgen klar Stellung bezogen hat gegen eine SPD, die vor dem Kapital kuscht. Vor dem Hintergrund einer möglichen SPD-Regierung ab 1991 (mit wem auch immer) gewinnt diese Position eine besondere Bedeutung. „Mit den gegenwärtig dominierenden Konzepten in der SPD dürfte das Scheitern einer sozialdemokratischen Regierung vorprogrammiert sein“, so der Beschluß zur Situation der Partei. In ihrer Rede führte die Genossin Möbbeck dies noch weiter aus: „Es kommt zu einer Sparpolitik, die wie zu Anfang der 80er in einem Konflikt mit der eigenen sozialen Basis und mit den



Gewerkschaften enden wird. Felipe Gonzalez läßt schön grüßen!“

Die gefaßten Beschlüsse geben eine Orientierung gegen eine drohende sozialdemokratische Sparpolitik.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Alternative der „Stamokap“-Tendenz (HK) nicht in einem sozialistischen Programm besteht, welches die Entmachtung des Kapitals und den Aufbau einer Planwirtschaft unter Arbeiterkontrolle zum Ziel hat. Das mit dem Antrag „Wirtschaftsdemokratie“ beschlossene Programm fordert eine schrittweise Demokratisierung, die zwar das Kapital zurückdrängt, aber letztendlich an den Hebeln der Macht läßt. Dahinter steckt die Illusion, den Kapitalismus organisieren und durch die Linke planen zu können.

Letztendlich bleibt die Alternative: Entmachtung des Kapitals oder Reformismus ohne Reformen. Daß dieser Reformismus ursprünglich linker und konsequenter geplant war, ändert wenig.

Europa

Ein weiteres Thema auf dem Buko war die „Europäische Integration“. Sowohl die beiden Gastredner Gerd Walter – Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl – und Luciana Castellina von der italienischen KP als auch alle drei größeren Juso-Tendenzen verpaßten in dieser Diskussion eine große Chance. Sie versäumten es, den EG-Binnenmarkt in erster Linie als Angriff des Kapitals auf die Arbeiterbewegung zu brandmarken und die eindeutige Opposition des Juso-Verbandes zu einem Europa der Konzerne zu erklären. Auch diese Position hätte ähnlich wie die klare Linie gegenüber Lafontaine ein Signal für die Arbeiterbewegung sein können.

Die wichtigste Aufgabe der Linken in SPD und Gewerkschaften ist die Organisation einer internationalen Gegenwehr und zu erklären, daß eine europäische Einigung nur auf sozialistischer Grundlage möglich ist. Stattdessen beschäftigten sich die Genossinnen und Genossen in erster Linie mit den Möglichkeiten, die die „Europäische Integration“ der Linke bietet und mit der „Gestaltung“ des Binnenmarktes. Eine Parole war, daß die Euro-Integration „mehr sei als der Binnenmarkt“ – das Kapital sieht das leider nicht so!

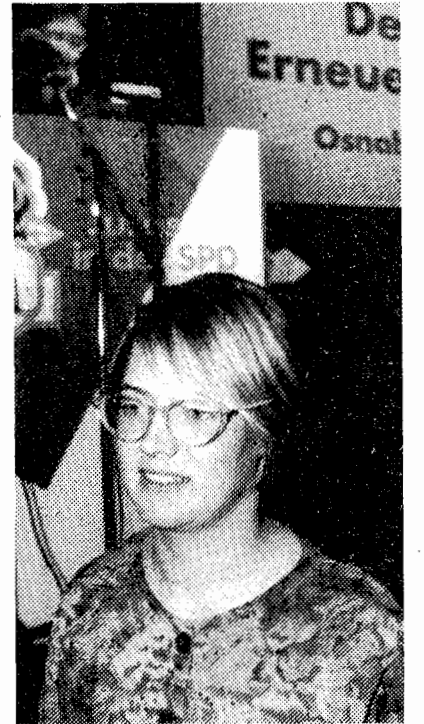
Nur VORAN-Unterstützer vertrauen in ihren Redebeiträgen sozialistische Positionen und erklärten, daß gerade im Hinblick auf Ängste vor dem Binnenmarkt und die daran ansetzende faschistische Demagogie die Ablehnung der Pläne des Kapitals durch die Linke von einem internationalistischen Klassenstandpunkt aus nötig gewesen wäre. Doch der beschlossene Antrag geht leider in die Richtung „Gestaltung“. Die Jusos werden so beim Thema Europa keine vorwärtsweisende Rolle spielen können. Ein Versinken im Sumpf des linken Euro-Bürokratismus à la Delors (EG-Präsident) ist damit vorprogrammiert.

Undemokratische Methoden

Ein Antrag des Juso-Unterbezirks Stuttgart mit einer sozialistischen Haltung zum Binnenmarkt war im Vorfeld des Kongresses vom Bundesbüro auf undemokratische Weise aus dem Antragspaket geworfen worden. Der Bundessekretär Bernhard Groth, der durch einen Geschäftsordnungsantrag gezwungen wurde, dazu Stellung zu nehmen, gab in arroganter Weise eine fadenscheinliche Erklärung ab, die bei den Stuttgarter Genossinnen und Genossen nur ihre Vermutung bestätigte, daß der Antrag nur deswegen nicht behandelt wurde, weil er der Führung des Verbandes politisch nicht ins Konzept paßt.

Diese Methoden sind auf Juso-Kongressen leider noch immer weit verbreitet. Redelisten werden von den Fraktionsspitzen im voraus abgekungelt, Meldungen von VORAN-Unterstützern vom Präsidium beharrlich ignoriert. Außerdem ist der Buko noch immer von entnervenden akademischen Verhaltensweisen geprägt: Geschäftsordnungsdebatten, eine erstickende Papierflut oder bei Änderungsanträgen eine kaum nachvollziehende Streiterei um Worte statt um Inhalte. Hier muß sich schnell was ändern, wenn der Verband sich bei breiteren Schichten der Jugend verankern will.

Fazit: Obwohl die programmatische Alternative der Juso-Mehrheit im Rahmen des Reformismus bleibt und nur dessen linkere Spielart ist, schafft der Kongreß von Osnabrück die Mög-



Bundesvorsitzende Susi Möbbeck: „Gonzalez läßt schön grüßen!“

lichkeit, die Parteilinke auf der Grundlage eines entschlossenen „Anti-Sozialliberalismus“ aufzubauen. Die Linke in Partei und Gewerkschaften kann mehr Selbstbewußtsein gewinnen und muß in die Offensive gehen. Es bleibt zu hoffen, daß die Chancen genutzt werden und die „FAZ“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) mit ihrer Einschätzung richtig liegt: „Die Opposition gegen den vom saarländischen Ministerpräsidenten propagierten Kurs einer ‚linken Volkspartei‘ ist lebendiger geworden. Linke Gewerkschafter, traditionelle Linksozialisten und nicht zuletzt viele Frauen in der SPD – sie bilden eine selbstbewußtere werdende Anti-Lafontaine-Koalition.“

Material zum Thema (Beschlüsse, Rede von Susi Möbbeck) ist über das Bundesbüro der Jusos, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn, der Stuttgarter Europa-Antrag über die VORAN-Redaktion erhältlich.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Buko-Delegierter Bezirk Bremen

EUROFESTIVAL

OSKAR
Lafontaine wird vom 12. bis 15. Mai ganz schön schauen.
Da veranstalten nämlich

WIR
die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, in Oskars Heimatstadt Saarbrücken unser jährliches Juso-Pfingsttreffen, diesmal als Eurofestival. Jugendliche aus West- und Ost-Europa und natürlich aus der Bundesrepublik Deutschland

KOMMEN
am Pfingstwochenende nach Saarbrücken. Beim Juso-Eurofestival heißt das Motto: Mach

MIT
bei heißen Diskussionen, politischen Aktionen, dröhnenden Rockkonzerten, interessanten Workshops und beim Sportprogramm. Also Pfingsten auf nach Saarbrücken und mitmachen bei vier Tagen voller

ACTION.

Mit dabei:
Rockhaus (DDR), Eisi Gulp, Bruji, Savanna Talk
Linton Kwesi Johnson, Escapade, Dialog (UdSSR)
Al Stewart + Band

Infos: Jusos
Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 / 53 23 65

Das diesjährige Euro-Pfingstcamp der Jungsozialisten bietet eine gute Gelegenheit zum Austausch mit Genossen überall aus der Bundesrepublik und aus anderen europäischen Ländern. Deshalb: Kommt alle hin!

Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung „Die Arbeiter haben“

„Wir müssen die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft stärken, um uns auf den europäischen Binnenmarkt vorzubereiten!“ Unter dieser Parole starten die Kapitalisten in Europa einen Frontalangriff auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Die Herrschenden wollen die Arbeiter der einzelnen Länder gegeneinander ausspielen. Lohndrückerei und Sozialabbau auf südeuropäisches Niveau stehen auf der Tagesordnung.

Die Arbeiterbewegung steht vor der Aufgabe, den gemeinsamen Abwehrkampf der Lohnabhängigen in Europa zu organisieren. Das Schlagwort von der „Internationalen Solidarität“ muß mit Leben gefüllt und es müssen grenzüberschreitende Verbindungen der Arbeiter geschaffen werden.

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer internationalen Organisationen seit dem letzten Jahrhundert könnten hierfür wichtige Lehren gezogen werden.

Die Entwicklung des Kapitalismus hat die feudalistische Kleinstaaterei mit ihren Handelshemmnissen beseitigt und die bürgerlichen Nationalstaaten geschaffen. Diese Staaten mit ihren Grenzen und eigener Staatsgewalt sind die Basis für die jeweilige nationale Kapitalistenklasse. Sie sind die Waffe im „friedlichen“ Konkurrenzkampf gegen andere Staaten, in der Fortsetzung dieses Konkurrenzkampfes durch Krieg – und im Kampf gegen die Arbeiter.

Daraus folgt: „Die Arbeiter haben kein Vaterland.“ In diesem Satz faßten Karl Marx und Friedrich Engels 1848 im Kommunistischen Manifest die Grundlage für den Internationalismus des Proletariats zusammen. „Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.“

Die Erste Internationale

16 Jahre später folgte die Umsetzung dieser Idee in eine materielle Kraft. Am 28. September 1864 wurde die Internationale Arbeiter-Association (IAA) in der Londoner St. Martins Hall gegründet. Vorausgegangen war diesem Zusammenschluß ein wirtschaftlicher Kri-

sche Unterstützung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und dann der 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands. Letztlich hatte die Internationale fast alle selbständigen Arbeiterorganisationen vereint und gab somit in den Ländern, wo sich die Arbeiter noch nicht eigenständig organisiert hatten, den Anstoß zur Loslösung vom bürgerlichen Liberalismus.

Die Internationale hatte eine Katalysatorwirkung für die Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter über ihre Stellung in der Gesellschaft und ihre Klasseninteressen. Sie unterstützte Klassenkämpfe durch internationale Solidaritätskampagnen und durch den Versuch, Streikbrecherarbeit zu verhindern. In der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens von elf Jahren hatte sie sich ein enormes Ansehen unter den Arbeitern Europas verschafft und wurde zum Schreckgespenst für die herrschenden Klassen. Originalton Papst Pius IX.: „Diese Herren der Internationale sind zu fürchten, weil sie für die Rechnung der ewigen Feinde Gottes und der Menschheit arbeiten.“

Trotz der Übertreibungen und Lügen

rückständigeren, bäuerlich geprägten Ländern wie Spanien, Italien und anfangs noch Frankreich konnten dagegen die vormarxistischen Ideen Proudhons und später Bakunins eine Basis finden. Die Anhänger des Franzosen Proudhons wollten die Staatsgewalt durch Nichtbeachtung ausschalten und weigerten sich deshalb, Forderungen,

(Bakunins) greift die Sache am umgekehrten Ende an. Sie proklamiert die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unfehlbare Mittel, die gewaltigen, in den Händen der Ausbeuter konzentrierten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen. Unter diesem Vorwande verlangt sie von der Internationale in demselben

Reformen durch, u.a. Trennung Staat und Kirche, Höchstgrenze bei Mieten, Nachtarbeitsverbot.

Angesichts dieses ersten Versuchs Arbeiterklasse, die Macht zu ergreifen und über Paris auszudehnen, eilte sich die Kriegsgegner Frankreich Preußen. Bismarck ließ die französischen Kriegsgefangenen frei. Französische und preußische Truppen isolierten Paris und schlugen die Kommune. 14.000 Menschen wurden grausam abgeschlachtet, darunter die aktiven Kämpfer der französischen Arbeiterbewegung.

Auflösung der Internationale

Nach der Zerschlagung der Pariser Kommune war die Situation schwierig. Es gab eine Welle der Unterdrückung gegen die Internationale. Die Konflikte mit den Anarchisten spitzten sich: bestand die Gefahr von hoffnungslosen Putschversuchen im Namen der Internationale. Damit der gute Ruf der Internationale nicht durch Abenteuerlust beschädigt wurde und kleinbüchervormarxistische Strömungen die Gefolge des Vormarsches der Realen nicht die Oberhand gewinnen konnten, wurde die IAA 1876 formell aufgelöst.

Die Diskussionsprozesse in der Folgezeit hatten letztlich dazu beigetragen, wissenschaftlichen Sozialismus als entscheidende politische Strömung der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Außerdem bereitete die IAA den Aufbau starker nationaler Arbeiterpartei und ihrem erneuten internationalen Zusammenschluß den Weg. Dies sind unvergänglichen Verdienste.

Die Zweite Internationale

Nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 gab es eine Industrialisierungswelle in Europa. Dies war die Grundlage für den Aufbau starker Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Die Gemeinsamkeiten der europäischen Arbeiterparteien bestanden im Ziel einer klassenlosen Gesellschaft und in den Tagesforderungen nach demokratischen Rechten, wie dem allgemeinen Wahlrecht, nach besserer Arbeitsbedingungen und Sicherung der Lage der Arbeiter bei Krankheit, Alter und Erwerbslosigkeit.

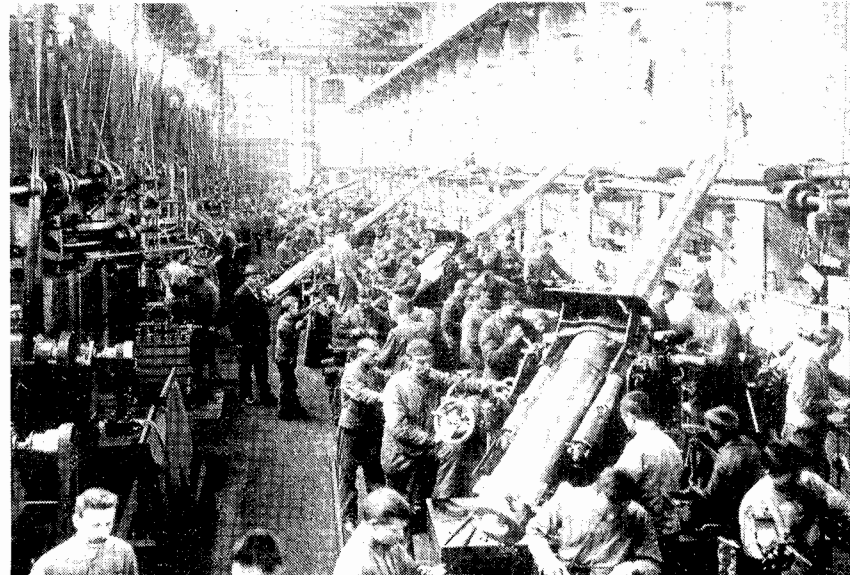
Ausgangspunkt der Arbeit der Zweiten Internationale war dann auch der auf dem Gründungskongreß 1889 gefaßte Beschluß, am 1. Mai 1890 für den 8-Stundentag zu demonstrieren.

Die Auseinandersetzungen um die Kampfform des Streiks, den die Arbeiter von Gewerkschaften, das Stellen sozialpolitischer Forderungen an Staat und parlamentarische Arbeit wurden auf dem Kongreß von 1896 beendet. Der Beschluß wurde gekündigt nur Vertreter solcher Organisationen einzuladen, die „die Umwälzung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in sozialistischer Produktions- und Eigentumsform anstreben und die Teilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Tätigkeit anerkennen.“ Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.“

Gesehen von der Massenbewegung in Spanien und geringen Kräften in den Niederlanden und den französischen Gewerkschaften hatten die Anarchisten auch keinen Einfluß auf die Politik der nationalen Arbeiterbewegung. Die Zweite Internationale war ein Spiegelbild der einzelnen nationalen Parteien, statt eine „Weltpartei der Arbeiter“. Sie konnte nur wenig Einfluß auf die Politik der nationalen Parteien ausüben. Dafür war sie eine wirkliche Massenorganisation.

Aufstieg der SPD

Das „beste Stück“ der Zweiten Internationale war die SPD in Deutschland. Vor dem Hintergrund der Aufschwungphase des Kapitalismus nutzte sie am konsequentesten die Möglichkeiten zum Aufbau einer legalen Massenpartei. Sie nutzte das Parlament als Tribüne für ihre Forderungen, die Wahlen als Gradmesser für die Stärke und bereitete so den Gew-



Rüstungsproduktion bei Krupp: Fast alle Parteien, die der Zweiten Internationale angehörten, stellten sich bei Kriegsausbruch 1914 auf die Seite ihrer herrschenden Klasse.

z.B. nach Arbeitsschutz oder dem 8-Stundentag, an den Staat zu richten. Ihr Ziel war eine Gesellschaft, die zurückkehrt zum kleinfürstlichen Eigentum und sich auf kleine, dezentralisierte Genossenschaften stützt. Diese Auffassungen waren utopisch und rückwärtsgewandt, wie wurden schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die von dem russischen Revolutionär Michael Bakunin u.a. vertretene Richtung des Anarchismus lehnte den Tageskampf der Arbeiter für Reformen sowie den Aufbau legaler Arbeiterpar-

Augenblick, wo die alte Welt sie zu vernichten sucht, daß sie ihre Organisation durch die Anarchie ersetze ...“ (Marx/Engels, Die angeblichen Spaltungen in der Internationale, MEW 18).

Die Pariser Kommune von 1871

Auf dem Brüsseler Kongreß von 1868 beschloß die Internationale, den drohenden Krieg zwischen Frankreich und Deutschland durch einen „Streik der Völker“ zu verhindern. Als der Krieg 1870 ausbrach, blieb sie jedoch isoliert. Es gelang den Herrschenden in beiden Ländern, das Volk für den „Verteidigungskrieg“ zu gewinnen. Aber nach der schnellen Niederlage Frankreichs folgte auf den Krieg – wie oft in der Geschichte – Revolution.

Die Arbeiter von Paris wehrten sich gegen die Entfaltung der Nationalgarde durch die Regierung. Der Verwaltungsapparat mußte daraufhin die Stadt verlassen und die Bevölkerung von Paris wählte ihre eigene Gemeindevertretung, die Kommune. Sie war gesetzgebend und ausführende Gewalt in einem, wobei die Volksvertreter jederzeit wähl- und abwählbar waren. „Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, ... die endlich entdeckte



Die Delegation der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Basel 1869: Die Erste Internationale spielte eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Bewußtseins der Arbeiter über Stellung in der Gesellschaft und ihre Klasseninteressen.

seneinbruch um 1857 und in der Folge ein Anwachsen der Klassenkämpfe, besonders in England und Frankreich.

Karl Marx wurde als einer der zwei deutschen Vertreter in den Generalkongreß gewählt. Der Ausgangspunkt für die Arbeit der Internationale war die Notwendigkeit des gemeinsamen Klassenkampfes der Arbeiter in allen Ländern und Berufszweigen und das Ziel einer klassenlosen Gesellschaft.

Abgesehen davon waren die politischen Ideen uneinheitlich. Marx konnte deshalb die 1848 im Kommunistischen Manifest entwickelten Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus nur teilweise zur Programmgrundlage machen. Es ging zunächst auch vielmehr darum, die fortschrittlichsten Gruppierungen der verschiedenen nationalen Arbeiterorganisationen zusammenzufassen und durch gemeinsame Kampfverfahren größere Einheit und Klarheit zu erreichen.

Die Mitgliedschaft der IAA bestand aus einem großen Teil der englischen Gewerkschaften, die kollektiv beigetreten waren, sowie aus wechselnden Zahlen von Mitgliedern und vereinzelt Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern. Sie erlangte die moralische

der bürgerlichen Presse, die der Internationale riesige materielle Kräfte andichtete, verfügte sie nie über einen starken Apparat oder große Geldmittel.

Marxismus gegen Anarchismus

In den industriell höherentwickelten Ländern fanden die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, d.h. des Marxismus, klare Unterstützung. In den

teien in den einzelnen europäischen Ländern ab.

Das Ziel der revolutionären Umwälzung sollte den Anarchisten zufolge nicht die Errichtung einer Arbeitermacht, sondern der direkte Übergang zur Anarchie, zu einer Gesellschaft ohne Herrschaft und ohne Staat sein. Die Anarchie oder der entwickelte Kommunismus ist zwar auch das Endziel von Marxisten, aber „die Allianz

politische Befreiung der Arbeit sich vorziehen konnte.“ Mit diesen Worten analysierte Marx in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ die geschichtliche Bedeutung der Pariser Kommune.

Radikale Bürgerliche, eine Minderheit von Anhängern der Internationale, Proudhonisten und andere Sozialisten arbeiteten in der Kommune zusammen und führten in zwei Monaten zahlreiche

„Kein Vaterland!“



„Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingnisse (des Proletariats, die Red.) Befreiung.“

den Weg für legale Betätigung, dazu lief die Ausbildung hauptsächlich von Facharbeitern zu Parteimitgliedern und der Aufbau eines Apparates.

Der deutschen Arbeiterbewegung auf diese Weise möglich, Verbesserung ihres Lebensstandards zu erreichen bzw. ihn in Krisenzeiten zu sichern. Auch gab es eine stetige Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit. Der Achtstundentag wurde jedoch erreicht.

Die Erfolge waren gleichzeitig die Grundlage für die Bürokratisierung der Partei und ihr Versagen bei Ausbruch des ersten Weltkrieges. Denn zunehmend es Leute, die nicht nur für die Partei, sondern auch von der Partei lebten.

In den Worten blieb die SPD-Führung reformistisch und revolutionär. Die Verlogenheit Eduard Bernsteins, den Marxismus „revidieren“, wurden mehrheitlich abgelehnt. Aber in Taten war die Partei auf den Reformweg im Rahmen des kapitalistischen Systems.

Vor allem die Gewerkschaftsbürokratie stellte sich gegen Massenaktionen, die deren Schwerfälligkeit offen würden.

Vorabend des ersten Weltkrieges die SPD potentiell sehr mächtig: 1,5 Millionen Parteimitglieder und zwei Millionen in den Gewerkschaften. 10 Reichstagsabgeordnete, 34% Wählerstimmen, keine größere Partei ohne sozialdemokratische Tagesgespräche, ohne Sportvereine, Konsumgesellschaften, Kulturvereine. Aber am Ende konnten die Arbeiter sie als Partei gegen den imperialistischen Krieg nicht mehr gebrauchen.

Der erste Weltkrieg und der Zusammenbruch der Internationale

Ausdehnung der kapitalistischen Welt im Aufschwung führte zu verstärkter Konkurrenz und zum Streit um Märkte und Rohstoffquellen in den Kolonien. Die herrschenden Klassen suchten den Ausweg im Krieg: Neuverteilung - auf Kosten der Arbeiter.

Zweite Internationale hatte noch im Stuttgarter Kongreß von 1907 internationalistische Ablehnung des Krieges bestätigt: „... Falls der Krieg ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung zu kämpfen und mit allen Kräften dahinzuhelfen, die durch den Krieg herbeiführen“

geführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

1914 haben sich dann fast alle sozialistischen Parteien auf die Seite ihrer herrschenden Klasse gestellt. Der Internationalismus (in Worten) wurde kurzerhand durch den Nationalismus (in Worten und Taten) ersetzt: „... Wenn wir deutschen Sozialdemokraten uns heute rückhaltlos auf die Seite unseres Vaterlandes stellen und uns an Hingabe

Beginn der Revolution. Die Polarisierungstendenzen in den sozialistischen Parteien verschärften sich. In Deutschland kam es zur Gründung der Unabhängigen Sozialistischen Partei, nachdem zuvor die Kriegsgegner in der SPD-Reichstagsfraktion als auch in der Partei ausgeschlossen worden waren. Schon im Jahre 1916 hatten sich in Zimmerwald die revolutionären Linken und internationale Kriegsgegner zu einer Konferenz zusammengefunden, darunter die russischen Bolschewiki unter Lenin und die deutsche radikale Linke.

Trotz der anfänglichen Isoliertheit der Marxisten fanden die Grundsätze des Marxismus und des Internationalismus ihre geschichtliche Bestätigung - in der von den Bolschewiki geführten sozialistischen Oktoberrevolution.

In Deutschland kam es im November zur revolutionären Erhebung der Arbeiter und Soldaten. Das Kaiserreich wurde gestürzt und Räte gebildet, direkte Machtorgane der Arbeiterklasse, die schon in der russischen Revolution eine zentrale Rolle gespielt haben. Allerdings waren die Marxisten des Spartakusbundes bzw. der im Dezember 1918 gegründeten KPD zu schwach und zu wenig verankert, um die Revolution zum Sieg zu führen. Die SPD-Führung wollte die Revolution nicht und lenkte die Rätebewegung in geordnete bürgerlich-parlamentarische Bahnen.

Die Dritte Internationale

Der Gründungskongreß fand im März 1919 im belagerten und hungerrnden Rußland statt. Die Initiative für den Aufbau der dritten, kommunistischen Internationale (Komintern) ging von den Bolschewiki unter Lenin und Trotzki aus. Einerseits war die Oktoberrevolution ein gewaltiger Antriebsfaktor für die revolutionäre Welle in Westeuropa, andererseits war der Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland nur möglich, wenn die Revolution im Weltmaßstab siegt. Darum ist auch die Geschichte der Komintern untrennbar verbunden mit den Entwicklungen in der Sowjetunion.

In der Folge des ersten Kongresses beantragten sozialistische Parteien in

Frankreich die „Kommunistische Internationale“ bezeichnete. Auch die deutsche KP weigerte sich, in den sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften mitzuarbeiten und an Wahlen teilzunehmen und isolierte sich so anfangs von der organisierten Arbeiterschaft. Der Kongreß beschloß Thesen zur Massenarbeit und wies die ultralinken Methoden zurück. Doch stabilisierte sich der Kapitalismus wirtschaftlich und politisch wieder, nachdem die KPD 1923 die vorerst letzte revolutionäre Chance verpaßte.

Aufstieg des Stalinismus

Sowjetrußland, vor allem aber die politisch bewußte Arbeiterklasse waren nach dem Sieg im Bürgerkrieg erschöpft und ausgeblutet. Die erste siegreiche Arbeiterrevolution blieb in einem rückständigen Land isoliert. Auf dieser Grundlage konnte eine Bürokraten-

1929-33 zur „Endkrise des Kapitalismus“ erklärt.

Wirklich katastrophal war jedoch die Spaltung der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den aufkommenden Faschismus in Deutschland. Die KPD unter Anleitung der Komintern-Führung bezeichnete Sozialdemokratie und Faschismus als „Zwillinge“ und betrachtete die SPD als Hauptfeind, anstatt sich für eine Einheitsfront der Arbeiter einzusetzen, so wie es Trotzki und die Linke Opposition forderten. Mit dieser Politik wurde Hitler ein praktisch kampfloser Sieg und somit die Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung ermöglicht.

In der Sowjetunion wurde in der „3. Periode“ unter großen Opfern die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die beschleunigte Industrialisierung durchgeführt. Statt „Sozialis-



Präsidium des Gründungskongresses der 3. Internationale 1919: Revolution im Weltmaßstab war erforderlich.

schicht in Staat, Wirtschaft und Partei ihre Macht errichten, deren politischer Vertreter Stalin war. Diese Bürokratie hat vor allem das Interesse, ihre eigenen materiellen Privilegien zu erhalten.

Nach Lenins Tod stellte Stalin die utopische Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ auf. Unter der Führung Trotzki kämpften die Internationalisten in der Linken Opposition gegen diese Abkehr vom Marxismus. Die Bürokratie war mit dem erreichten Stand der Dinge zufrieden und hatte kein Interesse an der Weiterführung der Revolution. Deshalb verwandelte sie die Komintern von einem Instrument der Weltrevolution in ein Instrument der sowjetischen Außenpolitik. Stalin nutzte die Autorität der Oktoberrevolution zum Verrat am Internationalismus.

Eine Folge dieser Politik waren die Niederlagen des britischen Generalstreiks 1926 und der Chinesischen Revolution 1925-27. In Großbritannien ordnete sich die KP der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie unter. Die revolutionäre Chance des Generalstreiks wurde veran. Die chinesische KP ging auf Anraten Stalins ein Bündnis mit der bürgerlichen Kuomintang-Partei ein und ordnete sich ihr unter. Das Ergebnis war ein Massaker an den Kommunisten und die Zerschlagung der Revolution.

Innenpolitisch stützte sich Stalin von 1924-27 auf ein Bündnis mit den Großbauern, die nach dem Motto „Bereichert Euch!“ gefördert wurden. Der „Aufbau des Sozialismus im Schnecken-tempo“ stand auf der Tagesordnung. Die Linke Opposition unterlag im Kampf für Arbeiterdemokratie und wurde zerschlagen, Trotzki mußte ins Exil gehen.

Faschismus und Krieg

Die Politik der Kompromisse hatte schließlich zu schweren internationalen Niederlagen geführt und in der Sowjetunion drohte eine Konterrevolution, wenn die Großbauern weiter unterstützt würden. So kam es 1928 zu einer panikartigen ultralinken Wende, die dann auch in der Komintern von oben durchgesetzt und auf dem 6. Kongreß bestätigt wurde. (Bezeichnenderweise hat von 1924-28 kein Kongreß stattgefunden!) In der sogenannten „3. Periode“ wurde die Wirtschaftskrise von

mus im Schnecken-tempo“ nun „Sozialismus, koste es was es wolle“. Bis auf das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft war allerdings nichts mehr von den Errungenschaften der Oktoberrevolution übriggeblieben. In den 30er Jahren wurden öffentlich in den Schauprozessen von 1936 bis 1938 und verdeckt bis Anfang der 40er Jahre Staat und Partei von allen nicht-stalinistischen Kräften mit blutigem Terror „gesäubert“. Dieser „Bürgerkrieg von oben“ wurde auch in den anderen Parteien der Komintern geführt.

Auf dem siebten und letzten Kominternkongreß 1935 wurde die Politik der „3. Periode“ von oben beendet und durch die sogenannte „Volksfront-Politik“ ersetzt. Diese Politik der „antifaschistischen Bündnisse“ mit dem Bürgertum in Frankreich und Spanien richtete sich offen gegen jede revolutionäre Orientierung. Es ging nur noch um die Verteidigung der bürgerlichen Republik gegen den Faschismus - und gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern. Diese Linie wurde in der spanischen Revolution von 1936 an mit offenem Terror der stalinistischen Geheimpolizei gegen die revolutionäre Linke durchgesetzt und führte zum Sieg Francos.

Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 stellte die vorherige Bündnispolitik mit der spanischen und französischen „demokratischen“ Kapitalistenklasse völlig auf den Kopf und brach vor allem den französischen Kommunisten das Genick. Nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland und Spanien war der Weg für den imperialistischen zweiten Weltkrieg bereitet.

Die Dritte Internationale wurde 1943 offiziell aufgelöst. Die positiven Traditionen der Komintern wurden von der Linken Opposition um Trotzki herum weitergeführt.

Die Internationale Arbeiterbewegung muß diese Traditionen und die Lehren aus ihrer eigenen Geschichte aufgreifen, um die heutigen Angriffe des internationalen Kapitals zurückzuschlagen und die endgültige Befreiung der Menschheit von kapitalistischer Ausbeutung und bürokratischer Gängelung zu erkämpfen.

Ulf Petersen, Bremerhaven
Jungsozialist

Extra-Ausgabe.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Verlag: Die Arbeiter-Verlagsgesellschaft, Berlin, Unter den Eichen 101.

Erstausgabe am 5. August 1914.

Redaktion: Die Arbeiter-Verlagsgesellschaft, Berlin, Unter den Eichen 101.

Die Sozialdemokratie und der Krieg!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bewilligte in der heutigen Sitzung des Reichstages die von der Regierung geforderten Kriegskredite.

und Opfermut von keiner anderen Partei übertreffen lassen, so tun wir das nicht irgendeinem mystisch-religiösen Vaterlandsbegriffe zuliebe, sondern weil wir erkannt haben, daß ... die Interessen der Arbeiterklasse untrennbar mit den Interessen des deutschen Vaterlandes verknüpft sind ...“ Soweit Konrad Haenisch in „Der deutsche Arbeiter und sein Vaterland“, Berlin 1915. Die Führung von SPD und Gewerkschaften schloß den „Burgfrieden“ mit dem Klassenfeind, der allerdings nicht lange halten sollte.

Auf Krieg folgt Revolution

Die Kriegsbegeisterung der arbeitenden Bevölkerung ließ angesichts der Folgen des Krieges schnell nach. Anfang 1917 kam es in Deutschland zu Streikbewegungen und in Rußland zum

der ganzen Welt ihre Aufnahme, bzw. wurden neue kommunistische Parteien gegründet. Die Hoffnungen auf eine Weiterführung der sozialistischen Revolution wurden bald enttäuscht. Die neuen kommunistischen Parteien waren zu unerfahren. Die mit dem Kapital verbündeten sozialdemokratischen Parteiführungen hatten starken Einfluß in der Arbeiterklasse. Schon 1921 bestand die Komintern aus 60 Sektionen mit drei Millionen Mitgliedern und 700 Tageszeitungen sowie Kernen von kommunistischen Parteien in China und Japan.

Auf dem zweiten Weltkongreß 1920 wurde diskutiert, wie die kommunistischen Parteien die Mehrheit der Arbeiter erobern können. In mehreren Parteien gab es Tendenzen zum „Linksradikalismus“, den Lenin als „Kinder-

China nach 10 Jahren Reformkurs Kommando zurück!

Alle reden von der „Liberalisierung der Wirtschaft“, vom „Markt im Sozialismus“, wie derzeit in der Sowjetunion oder Polen – nur Chinas politische Führer nicht (mehr). Nachdem China von 1978 bis 1987 genau diese Politik verfolgt hat, die vor allem eine Dezentralisierung der Wirtschaft bedeutete, vollzog der Nationale Volkskongreß (das chinesische Parlament) Ende März nunmehr eine Wende in die umgekehrte Richtung.

Was hat zu dieser plötzlichen Kehrtwende geführt? Und was könnte die Lage in China für Aufschlüsse über die weitere Entwicklung in den Ostblockstaaten geben, die zur Zeit einen ähnlichen Kurs fahren?

In der chinesischen Revolution 1949 wurden die Großgrundbesitzer enteignet, das Land wurde an die armen Bauern verteilt, die wenige vorhandene Industrie wurde verstaatlicht. Durch die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wurde es erst möglich, die Wirtschaft zentral zu planen und die Produktion entsprechend den allgemeinen Bedürf-

tig, sprich; eine Arbeiter- und Bauerndemokratie. Dies kann sich die Bürokratie aber nicht leisten, denn dann könnte sie keinerlei Begründung für ihre Privilegien mehr vorweisen.

Wirtschaftsreform

Durch die „Wirtschaftsreform“ in der Sowjetunion hofft Gorbatschow, die stagnierende Produktion anzukur-

staatlichen Abnahmepreise zu niedrig sind – obwohl die Waren in China selbst benötigt werden. Das führt wiederum zum Mangel auf dem einheimischen Markt, was die Preisspirale abermals hochschraubt, und zum Schwarzmarkt. Das „Doppelpreissystem“ (staatliche Abnahmepreise und Schwarzmarktpreise) schafft eine Schicht von Mittelsmännern. Solche Schmarotzer, die vor allem örtliche oder regionale KP-Funktionäre sind, haben z.B. Stahl zum staatlichen Preis von 890 Yuan pro Tonne gekauft und auf dem „freien“ Markt (Schwarzmarkt) für 1800–2000 wieder verkauft, d.h. eine Gewinnspanne von mehr als 100% eingesteckt!

Lähmung der Produktion

Eine weitere Folge dieser Wirtschaftspolitik ist die Lähmung der Produktion, die ja dem Aufbau einer modernen Industriegesellschaft nicht gerade dienlich sein kann. So stoppte z.B. ein stahlverarbeitender Betrieb ein Jahr lang die Produktion, schickte die Arbeiter nach Hause und kassierte munter weiter, indem der Stahl einfach an den höchsten Anbieter verkauft wurde. Dadurch entstand eine weitere Verknappung des Stahlangebots. Wenn man bedenkt, daß Stahl in der Weiterverarbeitung vieler Tausende von Produkten benötigt wird, werden die verheerenden Auswirkungen dieser Politik klar: Hunderttausende Arbeiter werden ihren Arbeitsplatz verlieren, solange die Betriebe, die bis zu 100 Mann beschäftigen, so heuern und feuern dürfen, wie es die Anarchie des Marktes diktiert.

Es ist auch klar, daß unter diesen Umständen die Korruption nur gedeihen kann, womit noch mehr Geld aus der Produktion abgezogen wird. Die katastrophalen Folgen der „Liberalisierung“ bzw. Dezentralisierung sind nirgendwo deutlicher zu sehen als in der Landwirtschaft.

Krise in der Landwirtschaft

Die Getreideproduktion stagniert seit vier Jahren. Eine Verbesserung ist nicht abzusehen. Im Herbst 1988 befürchtete die Tageszeitung „China Daily“, daß 80 Mio. Menschen von der Lebensmittelknappheit betroffen werden könnten und sogar „möglicherweise ... 20 Mio. vom Hungertod“ im Winter 1988/89 bedroht sein könnten.

beln und die Versorgungsengpässe – vor allem im Bereich der Konsumgüter und Dienstleistungen – zu beseitigen. Es waren ähnliche Gründe, die die chinesische Führung nach Maos Tod 1976 zur Strategie der „Öffnung zum Westen“ und zur wirtschaftlichen Dezentralisierung bewogen. Seinerzeit wurde die Öffnung zum Westen und die Lockerung der zentralen Wirtschaftsplanung zugunsten einer örtlichen Kontrolle als Lösung gedacht,

Vorteile der Planwirtschaft

Heute hat fast jeder Chinese ein Dach über dem Kopf, kann sich kleiden, seine Kinder zur Schule schicken und eine fast kostenlose medizinische Versorgung in Anspruch nehmen. Die allgemeine Lebenserwartung sowie die Säuglingssterblichkeitsrate stehen denen der reichen kapitalistischen Länder in nichts nach. Das Analphabetentum ist so gut wie ausgerottet und Millionen von jungen Chinesen studieren an den Hochschulen. Kurzum: Im heutigen China sind die Grundbedürfnisse einer menschlichen Existenz weitgehend abgedeckt.

Diese enormen Verbesserungen in der Lebensqualität der 1,1 Mrd. Chinesen konnten nur auf der Grundlage einer Planwirtschaft errungen werden. Da jedoch von Anfang an eine bürokratische Schicht von KP-Funktionären, zuerst unter Mao, dann unter Deng Xiaoping, die politische Macht an sich riß, mußten diese Errungenschaften mit einem hohen Preis bezahlt werden, nämlich mit Verschwendung, Mißwirtschaft und Korruption. Ohne die demokratische Entwicklung, die die volle Mitwirkung der Arbeiter und Bauern an der Planung der Produktion sowie der allgemeinen gesellschaftlichen Gestaltung voraussetzt, ist die Planwirtschaft wie ein Körper ohne Sauerstoff: Letztlich muß er ersticken.

China, wie die Sowjetunion und die anderen stalinistischen Länder, zeigt schon lange Erstickenerscheinungen. Angesichts der Notwendigkeit, bei den riesigen Entfernungen Chinas einen Binnenmarkt von 1,1 Mrd. Verbrauchern mit den Gütern des modernen Lebens zu versorgen, muß die bürokratische Kommandowirtschaft versagen. Und in diesem Dilemma steckt die Bürokratie jetzt.

Um die Wirtschaft in den Griff zu kriegen und alle Vorteile eines Produktionsplans auszunutzen zu können, wäre die aktive Kontrolle durch die Produzierenden und Verbraucher nö-



Immer wieder flackern Unruhen auf. Hier verbrennen Studenten Wandzeitungen mit Regierungsverlautbarungen.

um die ins Stocken geratene Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Heute steht sie jedoch vor dem Scheiterhaufen dieser Politik: Sowohl die Inflation wie auch die Konjunktur droht außer Kontrolle zu geraten. Das Industriegeschäft von Januar-September 1988 betrug 17,5% mehr als im Vorjahreszeitraum; dagegen sah der Plan ein Plus von nur 8% vor. Das hatte eine Inflation von durchschnittlich 20% zur Folge, teilweise, wie z.B. in der Guangdong-Provinz, schon 40%. Nach wie vor gibt es Versorgungsprobleme und erheblichen Rohstoffmangel auf wichtigen Gebieten, z.B. Stahl, Aluminium, Kohle und Energie generell.

Viele Betriebe haben für den Export produziert, weil das mehr Profit (in Form von Devisen) bringt und die

Die Bürokratie hat Angst vor Hungersnot in den Städten an der Ostküste, wo es eine starke Arbeiterklasse mit kämpferischen Traditionen gibt, wie z.B. in Shanghai. Um eine Katastrophe und vor allem deren Auswirkung zu vermeiden, importierte die Regierung Korn – für teure Devisen.

Die Gründe für die Krise in der Landwirtschaft liegen zum einen in der Strategie „Zurück zur Kleinst-Produktionsweise“ und zum anderen im Heranwachsen einer Schicht von reichen Bauern, die die offizielle Parole „Arbeite und werde reich“ nur allzu wörtlich genommen haben.

Der Rückzug des Staates aus den landwirtschaftlichen Kollektiven und deren Aufspaltung in Kleinstbetriebe seit 1979 hat bedeutet, daß Düngemittel und landwirtschaftliches Gerät für

diese unerschwinglich geworden sind. Außerdem werden die Bewässerungsprojekte, die nötig sind, um das Ackerland langfristig fruchtbar zu halten, durch den Staat vernachlässigt. So werden Staudämme nicht kontinuierlich gewartet bzw. instandgehalten, werden unsicher und können nicht voll ausgelastet werden; z.B. sind 70.000 Pumpen in Anhui-Provinz außer Betrieb. Man sieht, welche Verschwendung diese Politik zur Folge hat. Auf der anderen Seite bedeutet sie auch eine Riesenbelastung für den Staat: Immerhin geht ein Viertel des Nationaleinkommens für Lebensmittelsubventionen drauf!

Die Tatsache, daß in der Landwirtschaft mehr oder weniger für den „privaten“ Vorteil gewirtschaftet werden



Parteibürokraten – hier eines ihrer Wohnviertel – profitierten am meisten vom neuen wirtschaftlichen Kurs.

darf, bedeutet, daß alle munter drauflos produzieren, ohne auf die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung Rücksicht zu nehmen. Wenn es einträglicher ist, werden bitter benötigte Erzeugnisse eben ins Ausland verkauft oder Schweinezucht betrieben statt Getreide angebaut. Neureiche Bauern haben sogar Häuser und Fabriken auf gutem Ackerland (!) gebaut – schließlich muß man doch etwas mit seinem Reichtum machen.

Zurück zur Zentralisierung

Jetzt heißt das Allheilmittel: Zurück zur zentralen Planung und Kontrolle der Wirtschaft, zur erneuten Zentralisierung also. Nach der Devise „Bereichert Euch“ gab Ministerpräsident Li Peng die neue Parole aus: Die Bürger müßten in den kommenden Jahren „den Gürtel enger schnallen“. Das ist für die absolute Mehrheit allerdings nichts Neues, denn schon unter dem „Reformkurs“ lebte mehr als 1/3 der Stadtbevölkerung schlechter als

im Vorjahr – besonders wegen der rasch ansteigenden Inflationsrate.

Allerdings ist es alles andere als sicher, daß die Bevölkerung sich mit den Empfehlungen der Bürokratie – „bescheidenes Leben“ und „harte Arbeit“ – zufrieden geben wird. Schon im Jahre 1988 war es zu erheblichen sozialen Unruhen gekommen.

So enthüllte ein führender chinesischer Gewerkschaftsfunktionär 1988, daß die Hauptgründe für die meisten Streiks bürokratische Gängelei und Verstöße der Unternehmensleiter gewesen seien. Der längste Streik habe sich in einer Fabrik für medizinisches Zubehör ereignet, als mehr als 1100 Arbeiter drei Monate die Arbeit verweigerten und die Fabrik völlig geschlossen werden mußte. In einem weiteren Fall hätten über 1500 Arbeiter an einem zweitägigen Ausstand in einer Textilfabrik teilgenommen.

Die größten Probleme, die zu Streiks führten, bestünden in Mängeln bei der Einkommensverteilung, den Mitwirkungsrechten der Arbeiter bei Entscheidungen sowie in Arbeitsschutz- und Wohlfahrtsregelungen innerhalb eines Betriebes.

In Jahre 1988 gab es 900 Demonstrationen und 150 inoffizielle Streiks. Außerdem kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen in der Nationalitätenfrage.

Das „Kommando zurück“ wird die wirtschaftlichen Probleme des Landes nicht lösen können – war der Reformkurs doch gerade eingeschlagen worden, um der Stagnation zu entkommen. Aber der Reformkurs hatte ja nicht nur wirtschaftlichen Fortschritt versprochen, sondern auch mehr Demokratie.

Wenn diese beiden Hoffnungen enttäuscht werden, werden dies die chinesischen Arbeiter und Bauern nicht kampflös hinnehmen. Sie werden immer deutlicher erkennen, daß die Bürokratie das eigentliche Hemmnis darstellt. Diese Erkenntnis wird der Beginn der politischen Revolution in China und der Anfang vom Ende der Bürokratie sein.

Fiz Garvie, Köln
Jungsozialistin

Internationale Notizen



Polen

1000 Delegierte von Protestkomitees polnischer Bauern trafen sich, um Aktionen gegen den Zinsanstieg auf Bank-Kredite von 9 auf 27% zu planen. Die Unruhen auf dem Land sind die größten seit 50 Jahren. Ein Dorf mit 56 landwirtschaftlichen Betrieben liefert seit einem Monat keine Milch und kein Fleisch mehr an den Staat.

Peru

Die Arbeiter in den Zink- und Kupferminen des Landes haben beschlossen zu streiken. Sie fordern höhere Löhne, Recht auf bezahlten Urlaub und die Wiedereinstellung von Arbeitern, die während des letzten Streiks entlassen worden waren. Außerdem protestieren sie gegen die Ermordung von Ceferino Requis, Generalsekretär der Cerro de Pasco-Bergarbeitergewerkschaft.

Die 80.000 Mitglieder der Nationalen Bergarbeiter- und Stahlarbeitergewerkschaft haben einen 72-stündigen Generalstreik beschlossen, um die Regierung zur Umsetzung der Vereinbarungen zu zwingen, die nach dem letzten Streik im Dezember letzten Jahres getroffen worden waren.

Chile

Bei einem 24-stündigen Generalstreik wurden zwei Menschen getötet. Hunderte wurden verhaftet. Der Streik richtete sich gegen die Verbannung eines Gewerkschaftspräsidenten und dessen Stellvertreter.

Indien

Die Arbeit in elf der wichtigsten Häfen Indiens kam zum Erliegen, als über 125.000 Hafenarbeiter für unbegrenzte Zeit in den Streik traten. Sie fordern 28% Lohnerhöhung.

VORAN-Veranstaltung „Zeigt Kohl die rote Karte“ Begeisterung durch marxistische Ideen

Als wir im Dezember 1973 die erste VORAN herausbrachten, konnten alle VORAN-Unterstützer in der BRD in einer Telefonzelle Platz finden.

Am 16. April paßten die 450 Besucher der bundesweiten VORAN-Veranstaltung so eben noch in den Saal. Die Begeisterung der Besucher, die sich nicht zuletzt auch in dem großartigen Spendenergebnis von fast 20.000 DM ausdrückte, bewies, daß in den krisengeschüttelten 90er Jahren VORAN zum Sprachrohr eines starken und aufstrebenden marxistischen Flügels in der Arbeiterbewegung werden kann bzw. werden Sprachrohr eines starken, aufstrebenden marxistischen Flügels in der Arbeiterbewegung werden kann bzw. werden wird.

VORAN-Unterstützer aus der ganzen Bundesrepublik zeigten auf, wie unsere marxistischen Ideen Anleitung zum Handeln sind. Ronald Beauvais aus Lübeck vermittelte - stellvertretend für den erkrankten Holger Wulf - ein Bild vom antifaschistischen Kampf der Juso-AG in Lübeck-Kücknitz. Eliane Peters aus Aachen berichtete als aktive Postgewerkschafterin über die Aktionen gegen die Zerschlagung der Post und auch die durch die Gewerkschaftsspitze gedämpfte Stimmung unter den Kollegen. Kerstin Käfer vom Stuttgarter Schülerrat, mit 16 Jahren die jüngste Sprecherin, erklärte, wie es gelungen ist, im Raum Stuttgart 20.000 Schüler zu Streik und Solidarität mit den Forderungen der Lehrgewerkschaft GEW zu mobilisieren. Dieter Janßen vom Juso-Kreisvorstand Stuttgart beschrieb, wie durch marxistischen Einfluß die Stuttgarter Jusos wieder zu einer ernstzunehmenden Kraft in der Stadt und der örtlichen Arbeiterbewegung geworden sind.

Demokratische Planwirtschaft

Angela Bankert von der Redaktion VORAN erinnerte daran, daß der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung, ein Aufschwung auf Pump, über kurz oder lang in den wahrscheinlich tiefsten Abschwung der Nachkriegszeit münden wird. Dies bringt steigende Preise, sinkende Realeinkommen, wachsende Arbeitslosigkeit und noch schärfere Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und härtere Klassenkämpfe mit sich.

Sie betonte, daß deshalb das in letzter Zeit von Lafontaine bis hin zu Gorbatschow vorgetragene Loblied auf die Marktwirtschaft völlig fehl am

Platze ist. Während selbst der Juso-Bundeskongreß die angebliche „Überlegenheit des Marktes“ rühmte, haben sich die Anhänger von VORAN nie von diesem Aufschwung blenden lassen. Hunger und Elend in der exkolonialen Welt, Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrieländern und zunehmende Umweltverseuchung sind starke Argumente für eine demokratische Planwirtschaft.

Auch Hans Janßen (1977-86 im IG Metall-Vorstand) sprach sich dafür aus, nie die sozialistische Zielsetzung der Arbeiterbewegung aus den Augen zu verlieren:

„Solange - wie in Rheinhessen -

wir Belegschaften zu Tausenden kämpfen sehen um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, dürfen wir nicht ruhig sein. Wir müssen sagen, daß wir dann auch die Betriebe in die eigene Regie übernehmen und verstaatlichen, damit sie uns gehören. Wer die Verhältnisse von Grund auf ändern will, der darf doch bei den Eigentumsverhältnissen nicht bescheiden sein, der muß mitmachen wenn es darum geht, daß das vom Volk gemeinsam Geschaffene auch dem ganzen Volk gehört.“

Kampforganisationen

Daß Arbeiter in der Bundesrepublik wie international auch im Aufschwung zu kämpfen bereit sind, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen und eine Perspektive erkennen können, machten mehrere Redner aus eigener Erfahrung heraus deutlich. Helmut Laakmann, der im Rheinhauser Arbeitskampf zu einem inoffiziellen Sprecher der Belegschaft geworden war, zog aus der Niederlage seiner Kollegen die Konsequenz:

„Ich war 22 Jahre lang Mitglied in der IG Metall. 21 Jahre war ich passiv und glaubte mich vertreten. Die IG Metall hat meinen Kollegen, als sie am dringendsten gebraucht wurde, am

wenigsten genutzt. Aber haben wir eine Alternative zur Gewerkschaft? Nein. Wir müssen die IG Metall wieder zu dem machen, was sie war, nämlich eine Kampforganisation der Arbeiter.“

Jutta Geyer, Bergarbeiterfrau aus Hückelhoven und Sprecherin der Fraueninitiative gegen die Schließung der Zeche Sophia Jacoba, fand viel Sympatie und Begeisterung, als sie von den Aktionen der Initiative berichtete. „Wir sind auch bereit, an die



VORAN-Redakteurin Angela Bankert: Argumente für eine demokratische Planwirtschaft

Grenze der Legalität oder darüber hinaus zu gehen - die Zeit des Informierens und Mahnens ist vorbei.“ sagte sie unter großem Beifall.

Jutta ist ebenso wie Helmut Laakmann durch ihre Erfahrungen in die SPD eingetreten - „nicht weil mir der Vogel so gut gefällt, sondern weil ich als unbequeme Genossin auf unterster Ebene versuchen will, die Politik etwas menschlicher zu gestalten.“

Kampfkraft und Entschlossenheit

Marxisten sind Internationalisten. Dies zeigte sich auch nicht zuletzt daran, daß aus einigen Nachbarländern Gäste begrüßt werden konnten.

Tony Mulhearn, amtsenthobenes Stadtratsmitglied aus Liverpool, be-

richtete, wie sich die marxistisch geführte Liverpooler Labour Party 1983-87 durch wiederholte Massenmobilisierung den Sachzwängen konservativer Sparpolitik widersetze. Wenn die Führer der Arbeiterbewegung auch nur annähernd so viel Kampfkraft und Entschlossenheit gehabt hätten wie die Arbeiter von Liverpool oder Rheinhessen, dann hätten wir schon heute Kohl und Thatcher stürzen können, sagte er unter Beifall.

Zwischen den Wortbeiträgen gab es reichlich Musik und Humor. Dazu trug neben Pannach und Kunert, dem Duo Soweto Sounds und dem Kabarett DU 3 Sat auch der im Arbeitskampf entstandene Chor Tor 1 Rheinhessen bei, der ein breites Repertoire an Liedern aus dem Arbeitskampf, internationalen und antimilitaristischen Liedern sowie Brecht-Songs darbot.

Daß marxistische Ideen begeistern können, zeigte nicht nur die gespannte Aufmerksamkeit der Besucher. Ein von Fiz Garvie vorgetragener Spendenappell zeigte die finanzielle Opferbereitschaft unserer Unterstützer. Es gingen viele kleine und große Geldbeträge ein. Beim genauen Nachrechnen nach der Veranstaltung ergab sich eine

Spendensumme von 19.446 DM. Für manchen im Saal war diese Spendenbereitschaft überraschend und überwältigend zugleich. Auf ähnliche Weise haben schließlich auch die Pioniere der Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert ihren Einfluß aufgebaut.

Nach über 15jährigem Kampf und 110 VORAN-Ausgaben hat der 16.4.89 gezeigt, daß die geduldige und zähe Aufbauarbeit Früchte trägt. Der größte Teil des Kampfes liegt aber noch vor uns. Helmut Laakmann traf den Nagel auf den Kopf: „Was sind die Alternativen zu Kohl? Rau, Lafontaine, Vogel? Die Alternative ist die SPD, ihr Ursprung, ihre Inhalte, es sind die Mitglieder und ganz besonders die, die heute im Saal sitzen.“

Hans-Gerd Öfinger



450 Zuschauer verfolgten aufmerksam und begeistert das Programm aus Politik, Musik und Kabarett.

Tankerunglück in Alaska

Die nächste Ölpest kommt bestimmt!

In der Nacht zum Karfreitag lief der Öltanker „Exxon Valdez“ in einer der schönsten Naturlandschaften Nordamerikas auf ein Riff auf. Resultat: eine ökologische Katastrophe, deren Folgen noch nach Jahrzehnten bemerkbar sein werden.

Ein paar abstrakte Zahlen versuchen, das Unglück auszudrücken, jedoch ohne Erfolg, denn wer kann sich einen ca. 1600 km² großen Ölteppich vorstellen, der jetzt schon riesige Mengen von Tieren unter sich begraben hat. Doch die wahren Ausmaße des Sterbens sind noch nicht abzusehen.

Durch schnelles Handeln hätte das Schlimmste verhindert werden können, doch nach der Benachrichtigung reagierte Exxon viel zu spät und nur widerwillig.

Die Errichtung des Ölhafens in Valdez wurde gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt. Um Kritikern, die die Gefahr einer Ölpest sahen, den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde versichert, mit bester Ausrüstung, Material und Fachwissen Valdez zum „sichersten Hafen der ganzen Welt“ zu machen.

Das jüngste Ereignis zeigte die Rea-

lität: Erst am dritten Tag nach dem Unglück war gerade ein einziges Gerät zur Ölbekämpfung am Ort. Der Plan des kanadischen Umweltministeriums sah eigentlich nach fünf Stunden den Einsatz von sieben Absauggeräten vor. Eine kurze Schönwetterperiode mit spiegelglatter See, wie sie vor der Küste Valdez' nur sehr selten ist, wurde vergeudet. Das Angebot der Fischer, bei Notmaßnahmen zu helfen, wurde abgelehnt. Eine Reihe weiterer Fehler bewirkte, daß die Chancen, das Unglück auf ein Minimum zu begrenzen, vertan wurden.

Ausverkauf

Dieser Unfall ist nur ein Beispiel dafür, wie die Natur aus reinen Profitinteressen ausverkauft wird. 90% der Nordküste sind für Bohrungen freigegeben. Jetzt will die Industrie auch noch den kleinen Rest nicht freigegebener Küste ausbeuten, die zum Teil zum „Arctic National Wildlife Refuge“ gehört. Versuche von Umweltverbänden, die Genehmigung zu verhindern, haben keine große Aussicht auf Erfolg. Der ehemalige Ölindustrielle Bush sieht sich durch diesen Unfall

nicht dazu aufgerufen, die Genehmigung zu unterlassen.

Die Schuld für dieses fatale Ereignis wird hauptsächlich auf den Kapitän geschoben. Trotz strengen Alkoholverbots am Bord hatte er zur Unfallzeit nach Schätzungen 2,0 Promille Alkohol im Blut und befand sich in seiner Kabine. Die Steuerung des Schiffes hatte der Offizier übernommen, obwohl er keine Qualifizierung zur Leitung des Tankers hatte. Nach einer Kursänderung hielt er direkt auf das Riff zu. Dem Bedienungspersonal der 100 Mio. Dollar teuren Radarüberwachungsanlage, die alle sechs Minuten die Lage auf dem Wasser kontrolliert, fiel dies jedoch nicht auf.

Die Erklärung für solche Vorfälle ergibt sich, wenn man die Situation auf dem Transportmarkt der Reedereien betrachtet. Hier ist der Konkurrenzkampf noch stärker als bei den LKW-Spediteuren, wo die Fahrer gezwungen werden, länger und schneller als erlaubt zu fahren.

Das führt dazu, daß die Qualifikation für die Schiffsbesatzungen in den Hintergrund treten und nur noch die Heuer entscheidend ist. Massenhaft

werden Besatzungen aus unterentwickelten Ländern genommen, die für einen Hungerlohn Arbeiten verrichten müssen, für die sie keine Qualifikationen haben.

Langeweile und Streß

Das starke Gemisch von verschiedenen Sprachen behindert stark die Kommunikation der Besatzung und führt zusammen mit dem Schichtdienst zu einer Art „Isolationshaft“. Häufig sind Drogen wie Alkohol die einzige Möglichkeit, den psychischen Druck zu verkraften - eine Situation, die auch auf deutschen Schiffen vorliegt. So gibt es auf vielen Tankern eine Brücke, die ein einzelner Mann bedient. Seine Tätigkeit besteht aus einem Großteil Langeweile, wechselnd mit Streßsituationen. In Anbetracht der hohen Verantwortung dieser Arbeit ist dies ein gefährliches Gemisch, bedenkt man die möglichen Konsequenzen von Unachtsamkeit. Langeweile, wechselnd mit Streß, und Isolation bilden eine schlechte Grundlage für verantwortungsbewußte Arbeit.

Hier zeigt sich deutlich, daß es nicht

in erster Linie die Schuld von Besatzungen ist, wenn Unglücke wie jetzt in Alaska geschehen.

Ein weiterer, noch viel fatalerer Grund für Unfälle mit diesen Ausmaßen ist der Zustand und die Bauart der Tanker. Die meisten können ohne Ladung nicht fahren, denn sie würden den Wasserdruck nicht aushalten und zerbrechen, was schon einmal 1980 in einem niederländischen Hafen passierte. Die Möglichkeit, Supertanker mit doppelten Wänden auszurüsten, wird außer Acht gelassen, da sie mit einer 1,2 Meter über der Außenwand liegenden zweiten Wand nicht mehr so profitabel wie bisher genutzt werden könnten.

Daß die südliche Nordsee in Anbetracht all dieser Risikofaktoren noch keine Ölpest im Ausmaß von Valdez erlebte, ist ein Wunder, denn 30% des Verkehrsaufkommens der Schifffahrt der Welt spielt sich auf der Nordsee ab.

Aber wir können gewiß sein, daß so etwas bei uns auch bald geschieht, wenn sich nicht schnell etwas ändert.

Holger Bodenhausen, Bremerhaven Jungsozialist

VORAN

Geschichte des 1. Mai

Nur gemeinsam sind wir stark!

Die Tradition des 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse geht zurück auf den Kampf der US-amerikanischen Arbeiter für den 8-Studentag in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Eine katastrophale Wirtschaftskrise traf 1884 die amerikanische Industrie: 10% Arbeitslosigkeit, 15-40% Lohnkürzung - das war die Medizin, mit der das Kapital sich auf dem Rücken der Arbeiter kurieren wollte. Der Arbeitstag war lang und hart, für die Mehrheit zwischen 14 und 16 Stunden.

In kurzer Zeit wuchsen in allen großen Städten von New York bis New Orleans und San Diego sogenannte „8-Stunden-Verbände“ wie Pilze aus dem Boden. Durch diese Aktivitäten konnten die Gewerkschaften innerhalb eines Jahres ihre Mitgliederzahl verdoppeln.

Der 1. Mai 1886 stand im Zeichen der ersten größeren Schlacht um den 8-Studentag: 200.000 Tabakarbeiter, Bauarbeiter und Zigarettenmacher streikten, die Hälfte von ihnen den ganzen Mai hindurch, unterstützt nur durch Geldsammlungen nichtstreikender Gewerkschaften. In diesem ersten Anlauf gab es nur einen Teilerfolg: 42.000 Arbeiter erhielten eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust.

Generalstreik

Doch die Bewegung von 1886 war erst der Anfang einer langen Serie von Kämpfen. Nachdem 1888 der neugegründete US-amerikanische Gewerkschaftsbund AFL beschlossen hatte, den 8-Studentag bis zum 1. Mai 1890 zu erkämpfen, fanden am 1. Mai 1889 in 420 verschiedenen Städten Streiks

und Demonstrationen statt. Ein Jahr später wurde ein erfolgreicher Generalstreik durchgeführt, der den 8-Studentag in 137 Städten und den 9-Studentag überall sonst ertrachtete.

Diese großen Bewegungen in den USA gingen einher mit einem Wachstum der Kämpfe in ganz Europa. Überall entwickelten sich die sozialdemokratischen Arbeiterparteien zu Massenorganisationen, die sich 1889 auf einer Konferenz mit Delegierten aus der ganzen Welt zur Sozialistischen Internationale zusammenschlossen. Diese erklärte den 1. Mai 1890 zum weltweiten Kampftag für den 8-Studentag. An diesem Tag streikten und demonstrierten dann trotz Polizeierror Hunderttausende europäischer Arbeiter von Barcelona bis Warschau und Lodz, von Stockholm bis Marseille.

Ein Jahr später beschloß der Brüsseler Kongreß der Zweiten Internationale, den 1. Mai alljährlich als gemeinsamen „Festtag der Arbeiter aller Länder“ zu feiern, „an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen bekunden sollten“. Der 1. Mai ist ein von der Arbeiterklasse selbst gewählter arbeitsfreier Tag. Doch es war ein harter Kampf für die internationale Arbeiterschaft, ihn durchzusetzen, und es gibt auch heute noch eine Reihe von Ländern, in denen das noch nicht gelungen ist.

Inzwischen hat die Arbeiterbewegung in Europa, Amerika und Japan in vielen Bereichen den 8-Studentag

erkämpft. Durch die Entwicklung der Produktivkräfte steht heute der Kampf um den 7-Studentag als Einstieg zu weiterer Arbeitszeitverkürzung auf der Tagesordnung.

Der 1. Mai hat sich als Kampftag tief in das Bewußtsein der internationalen Arbeiterbewegung eingepreßt. Es mag sein, daß er für gemäßigtere Gewerkschaftsführer nur eine gute Möglichkeit ist, Feiertagsreden zu halten, auf frühere Kämpfe und Erfolge zurückzublicken.

Neue Kämpfe

Für alle Sozialisten und aktiven Gewerkschafter sollte er jedoch zuerst einmal Anlaß sein, Lehren aus den vergangenen Kämpfen zu ziehen und neue Perspektiven aufzuzeigen. Wieder erleidet die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt massive Angriffe auf in der Vergangenheit erkämpfte Errungenschaften, verbunden mit einer drastisch gestiegenen Arbeitslosigkeit. Neue Kämpfe stehen bevor, die einen Ausspruch von Karl Marx wieder aktuell werden lassen: „Arbeiter verschiedener Länder haben mehr gemeinsam als Arbeiter und Kapitalisten ein und desselben Landes.“

Die kommenden Auseinandersetzungen sollten uns wieder anknüpfen lassen an den großen Traditionen des 1. Mai, nicht die eines bescheidenen Feiertages, sondern die eines internationalen Kampftages. Die Opfer der europäischen und amerikanischen Arbeiter in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts sollten für uns ein Ansporn sein in unserem Kampf für eine bessere Zukunft.

Olaf Meindl, Remscheid
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.



Der 1. Mai, internationaler Tag der Arbeiter, entstand aus dem Kampf um den 8-Stunden-Tag.

1. Mai 1929:

Das Blutbad von Wedding

Seitdem vor 99 Jahren Arbeiter in Deutschland zum ersten Mal am 1. Mai die Arbeit niederlegten, hat sich immer wieder am „Tag der Arbeit“ die Stärke und Kraft der Arbeiterbewegung gezeigt. In ihrer wechselvollen Geschichte jedoch sticht ein bestimmter „Maifeiertag“ besonders hervor: der 1. Mai 1929, der sich zum 60. Male jährt. Er ging als die blutigste Maifeier in die deutsche Geschichte ein.

Die SPD-geführte preussische Landesregierung verbot in jenem Jahr für ganz Groß-Berlin öffentliche Maifeiern und Kundgebungen, im Interesse von öffentlicher „Ruhe und Ordnung“. Das Zentralkomitee der KPD hingegen rief Mitte April dazu auf, den 1. Mai 1929 mit Arbeitsniederlegungen und öffentlichen Kundgebungen zu feiern. Daraufhin vereinbarten der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel und der preussische Innenminister, daß die Polizei auf Demonstranten schießen sollte. Die Berliner Arbeiterviertel Neu-

kölln und Wedding waren am Morgen des 1. Mai von Polizisten belagert: mit Karabinern, Panzern und Überfallwaffen. Und diese schossen rücksichtslos um sich - auf unbewaffnete Demonstranten, auf Unbeteiligte, Frauen, die zum Einkaufen gingen, Zuschauer von Fenstern und Balkonen.

Provokation

33 Tote und zahlreiche Verletzte blieben zurück, nicht ein einziger Polizist wurde verletzt. So kamen denn auch selbst bürgerliche Zeitungen um die Aussage nicht herum, daß die

Schuld eindeutig bei der Polizei lag, die unprovokiert auf wehrlose und unbewaffnete Menschen eingeschlagen und geschossen hatte.

Das Blutbad von Wedding und Neukölln vertiefte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und gab den Nazis weiteren Auftrieb.

Noch im selben Jahr machte die Weltwirtschaftskrise alle sozialdemokratischen Hoffnungen auf einen krisenfreien Kapitalismus zunichte. Schon 1928 hatte die Arbeitslosigkeit in Deutschland bei 10% gelegen und war darauf hin ständig angestiegen:

1929: 15% oder 2 Millionen

1930: 23%

1931: 35%

1932: 45% oder 6 Millionen

Wenn man zu den 45% Arbeitslosen noch die 20% Kurzarbeiter zählt, dann heißt dies, daß damals nur noch

ein Drittel der Arbeiter und Angestellten voll erwerbstätig war - zu stark gekürzten Löhnen!

Spaltung

Das starke Anwachsen von Hitlers NSDAP ab 1929/30 hätte ein Zusammengehen der Arbeiter der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften erfordert. Genau dies kam aber nicht zustande. 1933 konnte Hitler auf dem Rücken der gespaltenen Arbeiterbewegung triumphieren.

Sowohl die sozialdemokratischen als auch die kommunistischen Arbeiter erkannten die Notwendigkeit einer Arbeiter-Einheitsfront und schritten teilweise auf örtlicher Ebene zur Tat. Die Arbeiterbewegung war jedoch durch eine gleichermaßen verhängnisvolle Politik der SPD- sowie der KPD-

Führung gelähmt. Die SPD-Führer hatten kein Konzept zur Überwindung der Wirtschaftskrise im Interesse der Arbeiter und klammerten sich fest an die bürgerliche Republik; zu einer Zeit, da die Großkapitalisten bereits mit riesigen Summen die Nazi-Bewegung stützten. Noch 1933 untersagte der Parteivorstand den Mitgliedern entscheidende Widerstandsmaßnahmen gegen das Hitler-Regime, weil Hitler ja völlig im Rahmen der Verfassung an die Macht gekommen sei.

Die Führung der KPD fand sich zunächst insgeheim mit Hitlers Machtergreifung ab, weil sie damit rechnete, nach kurzer Dauer selbst an die Macht zu kommen. Für sie war der Hauptfeind nicht der Faschismus selbst, sondern die Sozialdemokratie. Mit dem Schlagwort „Sozialfaschisten“ und der Gewerkschaftsspaltung durch den Aufbau eigener „roter“ Gewerkschaften erreichte die stalinistische KPD-Führung nur eines: Sie schreckte den entscheidenden Teil der hinter der SPD-stehenden Arbeiter ab und vertiefte die Gräben.

Ich möchte

VORAN

unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 1345 04

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430

